



- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Dr. Keydel,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats
sehr geehrter Bundestagsabgeordneter Dr. Jung,
sehr geehrter Herr Dr. Knabe,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit der Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit erinnern wir uns Jahr für Jahr am 3.10. an den Fall der innerdeutschen Mauer vor 30 Jahren und der Wiedervereinigung Deutschlands vor 29 Jahren. Dieser Feiertag steht in Deutschland, Europa und der Welt für vieles: friedliche Revolution, Umschwung, Wille zur Einheit, Wunder, Wende der Geschichte, Sieg der Demokratie.

Unsere Feiern dazu und die politischen Diskussionen waren und sind immer auf hohem Niveau. Seit vielen Jahren handelt es sich um die gemeinsame Feierstunde aller Ettlinger Parteien, die ein Mandat in einem Bundes- oder Landtag haben. Ausgerichtet und organisiert werden sie abwechselnd von eben diesen Parteien und in jedem 5. Jahr von der Stadtverwaltung.

So die Regel und eigentlich eine schöne Sache, nach der die Veranstaltung bisher durchgeführt wurde und nach der in diesem Jahr die FDP die alleinige Hauptverantwortung trägt.

Doch nun herrscht Unruhe bis hin zu einer Mahnwache vor der Schlossgartenhalle. Dabei hat der Ältestenrat bereits im Juli beschlossen, bei der bewährten Regelung zu bleiben, im Wissen, dass dadurch auch das Logo aller Parteien auf Plakat und Flyer erscheint.

Absagen, abgrenzen, ausschließen – so wurde ich aufgefordert, so sagen es die Demonstranten. Angesichts dessen frage ich heute: Muss eine Demokratie so etwas - salopp gesagt – nicht auch „aushalten“ können? Oder ist es doch die Pflicht der Politik, in solchen Fällen quasi regulierend einzugreifen?

Ich meine: Die AfD als Partei hat Widerspruch verdient und braucht diesen. Es ist eine Partei, in der vor allem von den Meinungsführenden in Bund und Ländern Extremismus geduldet wird und der es nicht wirklich gelingt, sich gänzlich von nationalistischen Tendenzen abzugrenzen. Das ist unerträglich – so wie auch die jüngsten Einträge auf der Facebookseite der AfD Ettlingen.

Aber sie ist bei allem berechtigten Widerspruch trotzdem eine auf demokratischem Weg gewählte Partei. Wer dies pauschal zu delegitimieren versucht, unterliegt einem Missverständnis über das Demokratieprinzip und macht es sich in der politischen Auseinandersetzung zu leicht. Dazu wertet man die AfD unnötig auf – so wie ich das nun auch leider tun muss, weil mich die Umstände dazu gezwungen haben.

Jede Auseinandersetzung erfordert Argumente und nicht Verdrängung. Das Mittel der Demokratie heißt eben nicht hoheitliches Durchgreifen oder autoritäres Ausgrenzen, sondern Diskutieren, Argumentieren und Austragen von Meinungen.

Genau das findet im Ettlinger Stadtrat schon lange statt. Die Zusammenarbeit mit **allen** Vertreterinnen und Vertretern im Gremium ist im Übrigen kritisch-konstruktiv. Das sage ich, nachdem ich sie bereits in verschiedenen Sitzungen und in einer Klausurtagung erlebt habe. Und selbst, wenn feindliche Reaktionen bei diversen Themen kommen sollten, werden wir demokratisch reagieren:

Lassen Sie es jemand beispielsweise doch nur versuchen, unsere Mehrheitlich für richtig gehaltene Flüchtlingspolitik zu ändern oder zu diffamieren - wir werden uns mit Fakten wehren und die ganze Wertegemeinschaft wird zusammenstehen und sich nicht unterwandern lassen.

Dann handeln wir im Sinne dieses Feiertages und für das, wofür die Bürgerinnen und Bürger im Osten gekämpft haben: Wir begegnen falscher Haltung und Angriffen auf die Errungenschaften unseres freien Landes nicht mit Unfreiheit, sondern mit klarer Kante im Diskurs. Wir lassen auch künftig nicht zu, dass es in unserem Land, in unseren Parlamenten, in unserem Stadtrat Unfreiheit, Spaltung oder Wertemissachtung gibt - und das in und aus allen Richtungen.

In dieser Haltung möchte ich heute diesen Feiertag begehen.